

Warschauer Zaunkriege

Die polnisch-ukrainischen Beziehungen verschlechtern sich sowohl auf der politischen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Die nationalistische Propaganda trägt Früchte

Von Reinhard Lauterbach, Poznań

In den vergangenen Wochen ist kein Tag vergangen, an dem polnische Medien nicht über verbale und teilweise auch körperliche Angriffe auf im Lande lebende Ukrainer berichtet haben. Der letzte derartige Vorfall war gleichzeitig auch einer der folgenschwersten: In Wrocław griffen am Sonntag drei Männer ein junges ukrainisches Paar an, angeblich nach einem Wortwechsel um das Anstehen in der Schlange in einem Geschäft. Die junge Frau berichtete anschließend dem Fernsehsender *Polsat 1*, nach dem Verlassen des Ladens hätten zwei der Männer ihren Freund zu verprügeln begonnen, und als sie das Geschehen mit dem Handy aufnahm, habe ein dritter ihr selbst eine Schnittwunde am Hals beigebracht. Zwei der mutmaßlichen Täter sind inzwischen in U-Haft, es handelt sich nach Polizeiangaben um bereits vorher auffällig gewordene Personen aus dem Kampfsportmilieu. Mehrere Passanten hätten der Szene nur zugeschaut, so die junge Frau, obwohl sie laut um Hilfe gerufen habe.

»Hier ist Polen«

Aber es sind offenbar nicht nur Leute mit entsprechender Neigung, die zu Gewalt greifen. Mehrfach wurden ukrainische Jugendliche in öffentlichen Verkehrsmitteln angegriffen, weil sie sich auf ukrainisch unterhielten. »Hier ist Polen, hier wird polnisch gesprochen«, soll einer der Angreifer gesagt haben, bevor er in Płock einen ukrainischen Jugendlichen ohrfeigte und danach aus dem gerade haltenden Bus stieß. In Poznań wurde ein 60jähriger Pole verletzt, weil er drei Landsleute zurechtgewiesen hatte, die in der Straßenbahn einen jungen Ukrainer anpöbelten. Über ähnliche Vorfälle im Zusammenhang mit dem Gebrauch des Russischen in der Öffentlichkeit ist übrigens parallel nichts bekanntgeworden.

Etwa 1,2 Millionen Ukrainer leben in Polen. Die meisten sind nach Kriegsbeginn als Geflüchtete gekommen. Aber ihre Wahrnehmung in der polnischen Mehrheitsgesellschaft hat sich drastisch verschlechtert. Eine am Mittwoch von dem Magazin *Polityka* veröffentlichte aktuelle Umfrage besagt, dass 36 Prozent der Befragten angaben, ihr Verhältnis zu Ukrainern habe sich seit 2022 verschlechtert. Von einer Verbesserung ihrer Wahrnehmung sprachen nur drei Prozent. Befragte Ukrainer erklären, sie fühlten sich heute in Polen weniger sicher als zum Zeitpunkt ihrer Ankunft.

Woran das liegt, ist unklar. Die verbreiteten Sozialneidargumente – Ukrainer bekämen alles umsonst, wofür Polen hart arbeiten müssten – halten der Überprüfung nicht stand: Der Anteil der Ukrainer, die in Polen – meist unterhalb ihrer Qualifikation – sozialversicherungspflichtig arbeiten, liegt bei über 70 Prozent und damit – obwohl ukrainische Frauen häufig kleine Kinder zu versorgen haben – höher als bei den »Biopolen«. Verbreitet ist die Ansicht, sie nähmen Polen die Jobs, die Wohnungen und die Termine beim Facharzt weg. Allerdings sind die Ukrainer kaum dafür verantwortlich, dass es generell zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt und das polnische Gesundheitswesen Patienten Monate auf eine Untersuchung warten lässt.

Aber diese anwachsende Hysterie ist politisch angeregt und gefördert worden. Selbst der liberale Warschauer Bürgermeister Rafał Trzaskowski hat gefordert, nicht arbeitenden Ukrainerinnen das Kindergeld zu entziehen, und polnische Behörden verhängen inzwischen Landesverweise wegen nichtiger Anlässe: etwa gegen einen Ukrainer, der in einem Warschauer Park einen Wels geangelt und mitgenommen hatte, statt ihn wieder freizulassen, oder gegen einen Angeber aus Lwiw, der in sozialen Netzwerken veröffentlicht hatte, wie er mit einem Sportwagen eine gesperrte Straße in einem Naturschutzgebiet in der Hohen Tatra befahren hatte.

Banderisten am Pranger

Beflügelt wurde die polnisch-ukrainische Missstimmung durch den Historienstreit der vergangenen Monate: Nachdem der ukrainische Präsident einer Eliteeinheit des Militärs den Beinamen »Helden der UPA« – also der Ukrainischen Aufständischen Armee Stepan Banderas, die mit den Nazis kollaborierte – verliehen hatte, hatte der polnische Präsident Karol Nawrocki ihm den von seinem Vorgänger 2023 verliehenen »Orden des Weißen Adlers« wieder entzogen. Zahlreiche ukrainische Politiker gaben aus Protest ihre eigenen polnischen Auszeichnungen zurück. Aber in Polen hat Nawrockis Ordensentzug breite Zustimmung gefunden: 55 Prozent der Befragten der *Polityka*-Umfrage fanden den Schritt richtig, 27 Prozent nicht. Eine knappe relative Mehrheit (44 zu 41 Prozent) erklärte es für angebracht, angesichts der Vorfälle um die Ehrung die militärische Unterstützung der Ukraine einzustellen oder zu reduzieren. Nur ein Drittel der Befragten unterstützte noch einen EU-Beitritt der Ukraine, 52 Prozent sprachen sich dagegen aus. Und eine Zweidrittelmehrheit der Befragten sagte, Polen solle keine Soldaten zur Durchsetzung eines eventuellen Waffenstillstands in die Ukraine entsenden.

Dabei sind die kritischen Haltungen zur Unterstützung der Ukraine in der jüngeren und mittleren Generation stärker verbreitet als bei Älteren, und die traditionelle »proukrainische« Haltung findet nur noch bei den Anhängern der Regierungskoalition und bei solchen der Partei »Razem« eine knappe Mehrheit. Je konservativer die politischen Vorlieben der Befragten waren, desto kritischer sahen sie das Engagement Polens für die Ukrainer.

Man könnte einwenden, dass solche »Vox populi« für sich genommen wenig aussagekräftig sei. Aber da sie durch politische Aktionen wie den Ordensentzug und allerlei »Sparvorschläge« zu Lasten der Ukrainer aus dem politischen Raum angefeuert wurde, stellt sich die Frage, welche ernsthaften politischen Streitigkeiten zwischen Polen und der Ukraine heute bestehen. Wenn die

Regierung der rechten Opposition vorwirft, mit ihrer Kritik an der Ukraine und den Ukrainern »Putins Spiel zu betreiben«, erklärt das noch nicht, warum dieses Spiel getrieben wird.

Konkurrenz im Hintergrund

Aus der polnischen Politik wird der Ukraine oft vorgeworfen, sie sei »undankbar« für die umfangreiche Hilfe, die ihr Warschau gewährt habe. Die moralische Einkleidung einmal abgenommen, steht dahinter die polnische Frustration über das wachsende politische Selbstbewusstsein der Ukraine. Wolodimir Selenskij dreht gegenüber den westlichen Sponsoren – nicht nur, aber auch gegenüber Warschau – die Rhetorik um, die Ukraine kämpfe »für uns«. Dann lasst uns unser Zeug machen und redet uns nicht herein, lautet die Gegenforderung: Die Ukraine lasse sich nicht vorschreiben, welche Helden sie zu verehren habe.

Und sie kontert das, was in Kiew als polnischer Hang zu moralischer Belehrung wahrgenommen wird, mit Gegenschritten, die Polens Elite verärgern: etwa bei einem jüngst gescheiterten Rüstungsprojekt. Polen hatte vorgeschlagen, der Ukraine ihre letzten 14 Abfangjäger vom sowjetischen Typ MiG-29 zu übergeben, wenn es dafür an ukrainischer Drohnentechnologie teilhaben könne. Die Ukraine lehnte dieses Geschäft ab, und das aus ihrer Sicht völlig nachvollziehbar: Die MiG-29 ist heute ein Auslaufmodell aus den 1980er Jahren, Polen wollte im Austausch für die Entsorgung von Altmaterial zum »letzten Tanz« am Himmel über der Ukraine (so damals das Portal *Onet 12*) daran partizipieren, worin die Ukraine heute weltweit vorn liegt. Und verbunden mit diesem Akt der Geringschätzung wächst in Wirtschaft und Politik Polens die Sorge, beim Wiederaufbau der Ukraine allenfalls am Rande berücksichtigt zu werden und für polnische Unternehmen keinen Zugriff auf die internationalen Wiederaufbaugelder zu bekommen.

Denn bei der finanziellen und auch militärischen Unterstützung der Ukraine ist die BRD unter Kanzler Friedrich Merz an Polen vorbeigezogen. Wie aus einer Publikation der Bundesregierung vom April hervorgeht, summiert sich die »zivile« und militärische Hilfe für die Ukraine aus Berlin seit 2022 auf 96 Milliarden Euro. Da kann Polen nicht mithalten, und es befürchtet, dass die Bundesrepublik damit auch ihren politischen Einfluss auf die Nachkriegsukraine ausbaut. Nicht nur mit dem bereits vereinbarten gemeinsamen Bau von Kampfdrohnen in Deutschland. Zwangsläufig ginge dies zu Lasten Polens, das diese Rolle der »Anführernation« schon für sich selbst beansprucht hatte. Schon ist in Warschau zumindest halboffiziell die Sorge zu hören, Polen werde nach Kriegsende wieder eingekreist sein – diesmal nicht wie vor 1939 von Deutschland und der Sowjetunion, sondern von BRD und Ukraine.

Wie oft in solchen Fällen versucht Polen auch jetzt, über die US-amerikanische Bande zu spielen. Donald Tusks Rüstungsstaatssekretärin Magdalena Sobkowiak-Czarnecka brachte sich ungefragt in die Debatte um die Lizenzproduktion US-amerikanischer »Patriot«-Raketen in der Ukraine ein. Diese Produktion solle in Polen angesiedelt werden, denn dort sei sie sicherer als in der Ukraine selbst. Außerdem solle in Polen das europäische Wartungszentrum für die »Patriot«-Raketen eingerichtet werden. Damit hätte

Polen einen Fuß in der Tür zu einem für die Ukraine vorrangigen Rüstungsprojekt. Eine Reaktion der USA auf den vor wenigen Tagen geäußerten Vorschlag steht noch aus. Aber Interessengegensätze wie dieser werden das polnisch-ukrainische (und auch das polnisch-deutsche) Verhältnis in den nächsten Jahren prägen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/527007.konflikt-in-osteuropa-warschauer-zaunkriege.html>